

# MBI INFORMIERT

**MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN**  
**UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 1/14**

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,  
45468 Mülheim  
Tel. 0208 - 3899810  
Fax 0208 - 3899811

e-mail: [mbi@mbi-mh.de](mailto:mbi@mbi-mh.de)

<http://www.mbi-mh.de>

## Mülheim a.d. Ruhrbania im Abwärtstrudel? Und das im Wahljahr!



Nach zwei Jahren Diskussion liegen nun die Ergebnisse des Leitbild-Prozesses vor. Eine klare Marschrichtung fehlt – und schon das Titelbild der dazugehörigen Broschüre ist nicht mehr auf dem neuesten Stand, nämlich ohne Bilder von den Verwüstungen durch Ruhrbania, sondern Mülheim von davor! Die NRZ fragte zu Recht:

**“Mit dem Leitbild zurück in die Zukunft?”**

In der Broschüre „Leitbild Mülheim an der Ruhr – Der Mensch im Mittelpunkt – Die Wirtschaft als Grundlage“ z.B. auf S. 59 unter „Die Stadtteile – Speldorf“ findet man

„Ziele für Speldorf – Wir wollen: Eine stimmungsvolle Weihnachtsbeleuchtung/ Mehr Sauberkeit/ Ein Gesamtverkehrskonzept für den Stadtteil erstellen/ Leerstände minimieren/ Die Attraktivität verbessern/ Angebote für alle Generationen schaffen“ **Das ist das "Leitbild" für Speldorf, ganz im Ernst!**

## Mülheim und Meinungsfreiheit wie Feuer und Wasser?

Am Montag, dem 10. Februar, um 11.10 beginnt beim Amtsgericht Mülheim, Saal 110, der nächste Versuch, der MBI-Frau Annette Klövekorn eine Strafe aufzubrummen wegen angeblicher Beleidigung im Zusammenhang mit Baumfällungen an der Gracht. Bekanntlich musste das absurde Verfahren im Mai wegen gravierender Formfehler eingestellt werden, doch die Stadtspitze bestand auf neuem Verfahren und Bestrafung!

## Fallwerk: Ausbau der Schrottschere gestoppt! Und nun?

Im März 2011 beantragte die Firma Jost eine Betriebserweiterung für ihre Schrottverarbeitung an der Weseler Str., insbesondere eine Verdoppelung der Kapazität der Schrottschere. Bekanntlich hatte die Fa. illegal die viel größere Schere Jahre vorher aufgestellt. Auch die Stilllegung der Uralt-Falltürme konnte die gefährliche Giftstaubemission nicht bessern.



**Deshalb hat der RP nach sehr langem Zögern, währenddessen Jost immer neue Möglichkeit für Nachbesserungen erhielt, die größere Schere nicht genehmigt.** WAZ 10.1.14: "Die Anwohner atmen auf: „Für uns ist das ein kleiner Erfolg“, sagt Horst Buchmüller, einer der Sprecher der Anwohnerschaft rund um die Schrottverarbeitung an der Weseler Straße in Speldorf. Gestern teilte die Bezirksregierung mit, dass sie den Antrag der Firma Paul Jost GmbH auf Änderung zur Lagerung und Behandlung von Schrotten nach umfassender Prüfung abgelehnt hat. Unter anderem wollte das Unternehmen die täglich zu verarbeitende Schrottmenge von 75 auf bis zu 150 Tonnen steigern. Entscheidend für die Ablehnung sei gewesen, so eine Sprecherin der Bezirksregierung, dass in dem Antrag der Nachweis fehlte, dass „die von der Anlage ausgehenden Nিকেmissionen auch langfristig nicht zu schädlichen Umwelteinwirkungen führen“. **Gegen den Bescheid kann Jost innerhalb von 4 Wochen Einspruch einlegen.**

### Auf den folgenden Seiten:

- Ruhrbania: Es geht voran? Hoffnung für die tote Innenstadt oder deren finaler Todesstoß? ..... S. 2
- Absteigerregion Ruhrgebiet? Ohne Reduzierung und Umstrukturierung der aufgeblähten Bürokratien in RP's und Teilstädten wird die Krise sich verschärfen! ..... S. 3
- Haben die Essener Bürger beim Entscheid zum geplanten Messeumbau „falsch“ abgestimmt? ..... S. 4

**Einlegeblatt:** Tollhaus Mülheim? Mülheim und das Ruhrbania-Fiasko:

Die Kaufhofruine und der befreundete Immobilienhändler und -spekulant

# Ruhrbania: Es geht voran? Hoffnung für die tote Innenstadt oder deren finaler Todesstoß?

Ruhrbania chaotica? Land in Sicht durch noch mehr Betonklötze?



2013 kam es knüppeldick für das angeblich „strategische“ Prestigeprojekt Ruhrbania und damit auch für die angeschlagene Mülheimer Innenstadt: Erst wurden im Feb. die Zuschüsse für Ruhrbania-Baulos 3 (Abriss auch noch der Hochstr. Tourainer Ring usw.) zumindest vorerst

gestrichen, dann stieß im März der unpassende Klotz auf Baufeld 1 als Anbau an das für 50 Mio. sanierte Restrathaus in all seiner Unpässlichkeit böse auf, dann sprangen Hoffmeister und Heine aus Baufeld 2 (ehemalige Bücherei usw.) ab und kurz später Rosco als Kaufhof-Investor. Mitte Mai meldete Heine, Generalunternehmer für den verbliebenen MWB in Baufeld 2, Insolvenz an. Konsequenz aus der Serie von Fehlschlägen? Fehlanzeige! Der MBI-Antrag auf Schadensbegrenzung durch Verzicht auf weitere Baufelder jenseits der Eisenbahnbrücke und auf Baulos 3 wurde im Juli im Rat eiskalt von der Tagesordnung gestimmt!

**Im Sept. kündigte der verbliebene MWB die Verschiebung des bereits mehrfach verschobenen Baubeginns auf Baufeld 2 für April 2014 an, also kurz vor den Kommunalwahlen. Anfang Mai findet auch das erste „Hafenfest“ auf der neuen kahlen Asphaltfläche hinter dem winzigen 4-Mio.-Hafenbecken statt, mit 4-jähriger Verspätung. Auch dabei wird die Botschaft kurz vor den Wahlen am 25. Mai lauten: „Es geht voran!“ in der Hoffnung, dass die meisten Bürger alles aus Jahren Ruhrbania-An- und Verkündungen vergessen haben. Nun änderte der MWB seine Pläne und er beginnt Ende Januar mit dem Bau. Das sieht dann vor den Wahlen nach etwas mehr aus.**

Als erstes sollen nun ab 20. Jan. zwischen Rathausmarkt, der Bahnstraße und dem Fluss die Rodungs- und Vorbereitungsarbeiten beginnen (in den Resten des zerstörten ehemaligen Gartendenkmals mit dem schönen Park inkl. damals 17 prächtigen Naturdenkmälern!). Ab dann wird auch die Verkehrsführung für die Baustelle geändert. Man darf nun nicht mehr über die Bahnstr.,



wenn man mit PKW zu den noch funktionierenden, intakten Gebäuden der Ruhrbania-Baufelder jenseits der Eisenbahnbrücke will oder muss (Gesundheitshaus, AOK, ehemaliges Arbeitsamt, die alle für Ruhrbania auch noch zerstört werden sollen!). Wer also nun dorthin muss, kann dies nur über den meist leeren neuen Riesen-Parkplatz an der Friedrich-Wilhelms-Hütte tun und dann über das (noch) nicht zerstörte Reststück der Ruhrstraße (ehemalige Landes- und Hauptverkehrsstr., die für die Ruhrbania-Baufelder 1+2 zerstört wurde, um darauf den Kondor-Wessels-Klotz von Baufeld 1 bauen zu können).

Übrigens: Der Abriss der Hochstr. Tourainer Ring soll im Frühjahr beginnen. Das chaotisiert die ohnehin durch Ruhrbania arg missratene Verkehrsführung noch mehr. Wenn die Hochstr. weg ist, kann auch kein Wahlausgang mehr was daran ändern. Ob die eingefrorenen Zuschüsse bereits wieder freigegeben sind? Ist anscheinend weniger interessant, das kann man dann später nachträglich bei den befreundeten Landesbehörden „heilen“, ähnlich der Geschichte mit dem Luxusportplatz in Heißen, der nach bestehenden Gesetzen von der RP-„Aufsichtsbehörde“ wegen des Nothaushalts der Stadt Mülheim nicht hätte genehmigt werden dürfen. Wurde aber .... So läuft das halt mit Mülheim und den Landesbehörden in der Heimatstadt der Ministerpräsidentin, oder auf Dauer vielleicht auch nicht, wenn man an Griechenland oder ..... denkt.

**Hätten Verwaltung und Mehrheit der Politik nicht zu 2 erfolgreichen Bürgerbegehren bürokratisch einen Bürgerentscheid zu Ruhrbania nicht zugelassen, hätte eine überwältigende Mehrheit der Mülheimer das ruinöse jahrelange Martyrium der Stadt für die Umsetzung einer fixen und städtebaulich tödlichen „Idee“ als Spuk vom Tisch gefegt! Doch zum Schaden aller ging soviel Bürgerbeteiligung den „Demokraten“ zu weit!**

*WAZ, 18.1.14 Startschuss für das „Ruhrquartier“*

„Mancher glaubte zwischendurch schon nicht mehr an das Projekt: Immer wieder gab es Verzögerungen, musste der Start für Ruhrbania II verschoben werden, es gab Rückschläge, Pleiten, Ausstiege. Selbst ein neuer Name für das Projekt musste zwischendurch her: Aus Stadtquartier Ruhr 12.0 wurde Ruhrquartier, aus drei Partnern wurde einer. Am Montag startet der Mülheimer Wohnungsbau (MWB) sein größtes Einzelprojekt für rund 25 Mio. Euro...Mit „weitsichtig, wertvoll und lebendig“ wirbt der Bauherr ....."

## Absteigerregion Ruhrgebiet?

**Krisenregion Ruhrgebiet: Ohne Reduzierung und Umstrukturierung der aufgeblähten Bürokratien in RP's und Teilstädten wird die Krise sich verschärfen!**

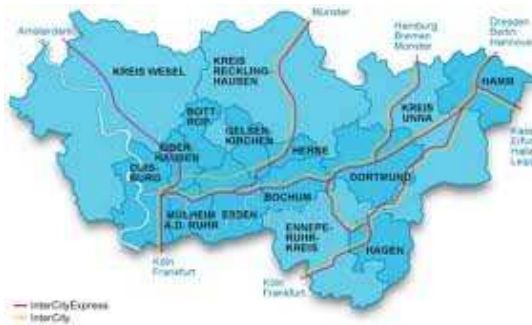
Seit Monaten verkünden diverse Gutachten mit unterschiedlichen Schwerpunkten, dass das Ruhrgebiet als größtes deutsche Ballungsgebiet mit über 5 Mio. Menschen inzwischen zur „Absteigerregion“ (Prognos-Zukunftsatlas) bzw. zum „Armenhaus Deutschlands“ (Wohlfahrtsverbände) geworden sei. Der Schuldenreport von Ernst&Young bilanzierte: *“De facto sind viele deutsche Städte längst bankrott.”* Und meint vor allem Revierstädte, zu denen auch alle negativen Spitzenreiter gehören: Oberhausen mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung (8369 €), Essen mit dem absolut höchsten Schuldenstand (3,2 Mrd.) und Mülheim mit der größten Schuldenzunahme (87% in nur 2 Jahren).

Der Absturz der RWE-Aktien trifft die vielen RWE-Städte des Ruhrgebiets zusätzlich empfindlich durch Wegbrechen von Dividende und notwendiger Wertberichtigung der Bilanzen. Die eigentlich reiche Stadt Mülheim (u.a. immer niedrigste Arbeitslosigkeit im Revier!) ist mit Abstand am stärksten pro Kopf mit dem trudelnden Energiekonzern verbandelt. Entsprechend hoffnungslos ist der durch das misslungene Prestigeprojekt „Ruhrbania“ und hemmungslose Umwegfinanzierungen über PPP-Konstruktionen bereits hoch defizitäre Haushalt und kurz vor dem Kollaps bzw. der bilanziellen Überschuldung.

Alle o.g. Untersuchungen beziehen sich auf die Zeit bis Ende 2012. In 2013 verdunkelte sich der Himmel über dem Ruhrgebiet aber erst richtig. Viele Großbetriebe des Reviers sind auf Schrumpfkurs, von Opel, RWE, Thyssen-Krupp, Karstadt, EON, Hochtief, bis Evonik usw.. Zig-tausendfache Entlassungen treffen vor allem Facharbeiter und besser Ausgebildete. Im „Gegenzug“ müssen die bankrotten Ruhrgebietsstädte überverhältnismäßig viele Armutsflüchtlinge verkraften, was sich ab Jan. 2014 eher noch verstärken dürfte.

**Kurzum: Die Lage im krisenerprobten Ruhrgebiet ist dramatischer als je zuvor seit Kriegsende, doch noch nicht hoffnungslos! Sicherlich ist die Lage ernster und bedrohlicher wie lange nicht. Doch die heraufziehende Krise bietet auch die Möglichkeit, endlich aus dem Kirchturmsdenken und der Zerstückelung der Metropole Ruhr in allen Bereichen herauszukommen.**

Die 53 Revier-Kommunen in 3 verschiedenen Regierungsbezirken konkurrieren weiter nahezu selbstmörderisch um Firmenansiedlungen, Einkaufszentren, Wohnungen im Grünen uswusf.. Fast jede Kommune leistet sich den Luxus einer Tourismus-GmbH, einer Wirtschaftsförderungs GmbH, einer eigenen ÖPNV-Gesellschaft usw.. Bisher gab noch keine der 53 Revier-Kommunen etwas ab. Wenn interkommunale



Zusammenarbeit, dann immer nur etwas Zusätzliches. Das aber führt nicht mehr wirklich weiter. Bei der Überschuldung aller Revierstädte muss das Gegenteil geschehen: **Dazu muss auf Dauer auch die Zuständigkeit gleich dreier RP's, auch noch aus sehr unterschiedlichen Umfeldern (D'dorf, Münster, Arnsberg), beendet werden**, sprich ein RP Ruhr muss her. Clement war daran gescheitert, die Rüttgers-Regierung verschob den vor den Wahlen versprochenen RP Ruhr, bis sie wieder abgewählt

war und die folgende Kraft-Regierung wollte an RP Ruhr usw. bisher überhaupt nicht heran. Will aber die „Absteigerregion“ Ruhrgebiet nicht zur Absturzregion werden, müssen sowohl diese anachronistische Struktur der Aufsichtsbehörden, als auch die unsägliche Kirchturmspolitik angegangen und geändert werden!

Wenn sich nämlich nichts an den aufgeblähten Bürokratien auf lokaler und RP-Ebene ändert (weil zu viele Parteigänger), wird das Ruhrgebiet schwer zu retten sein, auch nicht mit neuen Milliardenhilfsprogrammen. Eigentlich unverzüglich muss die jeweilige Stadtpolitik aller 53 Kirchtürme konsequent in Richtung Ruhrstadt oder Teilmetropole Ruhr-West o.ä. umorientiert werden, d.h. auch Verschmelzung ganzer Teilbereiche mit den Nachbarstädten und Abgabe von Entscheidungskompetenzen z.B. an den RVR.

Das ganze muss sich auf viele Bereiche beziehen, die wichtigsten sind:

- ◆ eine einheitliche Gewerbesteuer, die nur an den RVR gezahlt wird,
- ◆ eine koordinierte Baulandausweisung mit zuvor festgelegten Tabuzonen (z.B. Regionale Grünzüge),
- ◆ Zusammenlegung und Arbeitsteilung von Behörden und städt. Gesellschaften der heutigen Teilstädte.

Im Zuge dessen müsste auch die sukzessive Auflösung aller Ausgliederungen, städtischer und halbstädtischer GmbHs u.ä., und deren Rücküberführung in die Kernhaushalte angegangen werden!

**Für die meisten Menschen im Ruhrgebiet finden Arbeit, Freizeit, Einkaufen, Gesundheitssektor usw. längst städteübergreifend statt, nur für die jeweiligen OB's, Stadträte, Verwaltungen nicht!**

## Haben die Essener Bürger beim Entscheid zum geplanten Messeumbau „falsch“ abgestimmt?



So jubelten die Gegner des Messeumbaus in Essen.

**Der erfolgreiche Bürgerentscheid in Essen gegen den geplanten Messeumbau hat die Diskussion über Direkte Demokratie entfacht. Zu sehr haben die Regierenden sich erschrocken, dass das Volk ihnen ihre Prestigeprojekte verunmöglichen könne. Die WAZ drückte das in ihrem Hauptartikel am 21.1.14 so aus: „Rathäuser fürchten nach Messe-Votum um Großprojekte“.**

Der Duisburger Politikwissenschaftler Korte behauptete gar, Bürgerentscheide seien unsozial, weil stets nur die Gebildeten und Wohlhabenden sich dadurch Vorteile verschaffen würden. Genau deshalb ist ja u.a. die Schweiz mit ihrer direkten Demokratie der stabilste und nicht gerade der asozialste Staat weit und breit, oder? Mehr zu der schrägen Logik des Prof. Korte im WAZ-Artikel unten.

**Vorab noch ein Leserbrief aus der WAZ von Klaus Simon, dem nichts hinzuzufügen ist:**

*„Könnte es sein, dass immer mehr Menschen keine Großprojekte mehr wollen, weil die Verwaltungen nicht effektiv planen können, und weil wir Steuerzahler die explodierenden Mehrkosten zahlen? Könnte es sein, dass die Menschen kapiert haben, dass die CDU-Parole „Keine neuen Schulden!“ nicht zu einer Neuverschuldung für die Messe von 123 Millionen Euro passt? Könnte es sein, dass Bürgerbeteiligungen an politischen Entscheidungen nur so lange gewünscht werden, wie die Menschen „richtig“ abstimmen?“*

**Wer sich anschauen will, wie ein Stadt regelrecht vor die Wand gefahren wird für ein bedenkliches Großprojekt, das die Mehrheit im Stadtrat vor 10 Jahren beschloss ohne Genaueres wissen zu wollen, der sollte sich den Niedergang von Essens Nachbarstadt Mülheim anschauen. Dort wurden 2 überaus erfolgreiche Bürgerbegehren mit bürokratischen Methoden nicht als Bürgerentscheid zugelassen, wohlwissend, dass die überwältigende Mehrheit der Mülheimer/innen die finanziell und städtebaulich ruinöse Zerstörung ihrer Innenstadt abgelehnt hätte.**

### WAZ 21.1.14: Politologe Korte findet Bürgerentscheide sozial ungerecht

**Duisburg.** Der Duisburger Politologe Karl-Rudolf Korte sagt, dass die kleinen Leute bei Bürgerentscheiden schlechte Karten hätten. Stets seien die Wohlhabenden und Gebildeten im Vorteil. Er verweist aber nicht auf Essen - sondern auf die Erfahrungen in der besonders tief gespaltenen Stadt Hamburg. Am Sonntag hat eine knappe Mehrheit der Bürger den Millionen teuren Ausbau der Messe gestoppt. Was ist davon zu halten? Die WAZ sprach mit dem Politologen Karl-Rudolf Korte über die Direkte Demokratie.

**Professor Korte, tut die direkte Demokratie den Städten gut?**

Eher nicht. Wenn sich die direkte Demokratie weiter durchsetzt, dann wird die Gesellschaft ungleicher und ungerechter. An Bürgerbegehren beteiligen sich nämlich vor allem jene, die gut verdienen und gebildet sind. Sie sollten aber nicht mehr Rechte haben als die anderen. Wer interessierter ist, sollte nicht am Ende recht bekommen. Jedes demokratisch gewählte Parlament, jeder Rat einer Stadt ist repräsentativer als Bürgerbegehren. Es gibt für wichtige Fragen in einer Kommune einen Rat, der repräsentativ gewählt wurde. Direkte Demokratie sollte das ergänzen, nicht aushebeln.

**Nennen Sie ein Beispiel für diese Ungerechtigkeit.**

Die Abstimmung zur Schulreform in Hamburg. Da ging es um die Stadtteil-Schule, in der alle gemeinsam bis zum Abi lernen sollten. Profitiert hätten vor allem Kinder aus bildungsfernen Schichten. Die Beteiligung war in den wohlhabenden Bezirken hoch, in den ärmeren niedrig. Entsprechend setzten sich die Wohlhabenden und Gebildeten durch. Migranten, die nicht aus EU-Ländern stammten, durften gar nicht mit abstimmen. Dabei besuchen ihre Kinder in großer Zahl Hamburger Schulen.

## Tollhaus Mülheim, Beispiel Kaufhof

### Mülheim und das Ruhrbania-Fiasko: Die Kaufhofruine



### und der befreundete Immobilienhändler und -spekulant

Der Kaufhof Mülheim, einst beliebtes Einkaufsziel am unteren Ende der Schloßstr. (damals allererste Fußgängerzone in NRW!), wurde im Mai 2009 auch wegen der jahrelangen Großbaustelle für Ruhrbania auf allen Seiten drumherum endgültig geschlossen zusammen mit dem zugehörigen Parkhaus.



In der Woche vor der Kommunalwahl 2009 präsentierte Eigentümer Hoffmeister zusammen mit OB Mühlenfeld ein „Ruhrbanium“ von Kölbl-Kruse als Nachnutzungskonzept, was sich wenige Monate später als reine Luftnummer entpuppte. In 2010/11 wurde dann auf Veranlassung u.a. der OB fast ein Jahr lang intensiv untersucht, ob und wie der leere Kaufhof als Interims-FH umgebaut und genutzt werden könne, da der Bau der Hochschule Ruhr-West nach dem beschämenden

Standortgerangel vor dem Doppeljahrgang an Abiturienten nicht mehr fertig werden konnte. Letztlich lehnte das Land wie erwartet eine Interims-FH im Kaufhof ab, weil viel zu teuer. (Die sinnvollste Übergangs-FH wäre übrigens in den leeren Babcock-Gebäuden und Labors in Oberhausen gewesen, doch allein der Gedanke daran verursachte im Mölmschen Kirchturm Weltuntergangsstimmung und wurde deshalb mit allen Mitteln verhindert).

Anfang 2012 wurde mit Bundesmitteln und Erfurter Professor die „charrette“ zur Kaufhofzukunft als große Bürgerbeteiligungsshow mit riesiger Propaganda durchgeführt. Ergebnis: Viele Vorschläge, viele Zeitungsartikel und alles für den Papierkorb?

In 2012 verkaufte Hoffmeister unabhängig von der charrette den Kaufhof an Projektentwickler Rosco aus Bad Hersfeld. Als der u.a. wegen mangelhafter Verkehrsanbindung im Frühjahr 2013 immer noch keinen Ankermieter finden konnte, wurde notgedrungen der Kaufvertrag rückgängig gemacht. Danach entstand die Diskussion, ob die Stadt die Ruine kaufen sollte, wie von der SPD gewünscht. Alles versandete aber ohne erkennbare Lösungsansätze.

**Mit Jahresbeginn 2014, wenige Monate vor der Kommunalwahl, der Kaufhof als Thema:** Erst beschwerte sich die OB scheinheilig in der WAZ und gab sich enttäuscht: „*Ich habe auf einen politischen Auftrag an die Verwaltung gewartet, einmal ein Konzept für eine Nachnutzung des Kaufhofes auszuarbeiten.*“  
b.w.

Tags drauf wurde öffentlich, dass die Beteiligungsholding BHM klammheimlich eine Lösung für die Kaufhof-Frage in Mülheim ausbrüte mit eigenmächtigem Gutachten – OB und Planungsdezernent wollen nichts gewusst haben. Der WAZ aber lag ein entsprechendes Geheimpapier vor, in dem ein Abriss des Gebäudes beabsichtigt sein soll.

Und weiter im Tollhaus Mülheim, u.a.

NRZ 13.1.14: „*In sechs Monaten, kurz nach der Kommunalwahl, läuft rein formal die Bindungswirkung des Bebauungsplans ab. Danach könnte der neu gewählte Stadtrat frei sein, das Gelände umzuwidmen, theoretisch in eine Wiese, Könnte. Juristisch ist all das eine hochkomplexe Materie .....*“

Wie bitte? Der B-Plan „Ruhrbania-Ruhrpromenade –Innenstadt 31“, zu dem auch der Kaufhof gehört, wurde 2007 rechtswirksam, allerdings an vielen Stellen (Tiefgaragen Stadtbadwohnungen, Stockwerkanzahl Baufeld 1 und 2, Nutzungsmöglichkeiten Ladenlokale, Bäume u.v.m.) ohne B-Plan-Änderung willkürlich und gesetzeswidrig missachtet. Wieso nun eine Bindungswirkung des B-Plans existieren und auslaufen soll, ist völlig schleierhaft, unverständlich und den Kaufhof betreffend eher widersinnig. Der I 31 ist kein investorenbezogener B-Plan, also kann auch keine Bindungswirkung auslaufen, schon garnicht beim Kaufhof, dessen Nutzungsmöglichkeiten Bestandsschutz genießen, sofern nicht der B-Plan geändert wird, wie es die MBI seit Jahren vergeblich beantragten, nicht nur wegen des Kaufhofproblems. Hier sollen wohl über NRZ Gerüchte gestreut werden, wofür auch immer.

Und weiter im Tollhaus Ruhrbania:

WAZ 14.1.14: „*Nach der jüngsten Berichterstattung forderte zunächst die CDU von SPD-Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlensfeld, sie solle endlich Rede und Antwort stehen „über die in der letzten Zeit geführten Gespräche und Verhandlungen mit dem Eigentümer der Kaufhof-Immobilie und mit Vertretern der NRW-Landesregierung zwecks Landesförderung für die Nachnutzung des Kaufhof-Areals“.* Die CDU kritisierte, dass sie erst aus den Medien über diesbezügliche Gespräche erfahren habe.

*Die SPD wiederum reagierte „mit Befremden“ auf Überlegungen des auf CDU-Ticket bestellten Planungsdezernenten Peter Vermeulen, die Kaufhof-Frage möglicherweise mit Hilfe des Planungsrechtes lösen zu wollen. „Die SPD spricht sich strikt gegen eine mögliche Enteignung oder ein rechtliches Baugebot aus. Das sind Methoden aus der Mottenkiste willkürlicher Zwangswirtschaft“, so Fraktionschef Dieter Wiechering.*“ Mehr in WAZ: „Wahlkampf mit der Kaufhof-Frage in Mülheim“

Aha: Planungsrecht ist für Wiechering Zwangswirtschaft, zumindest, wenn es um die Bedienung SPD-naher Immobilienspekulanten wie MWB oder Hoffmeister geht. Alleine Hoffmeister hat sich an Gebäuden für die Stadt bereits so viele goldenen Nasen verdient, dass die Rathausflure kaum zum Aushängen aller Urkunden reichen würden! (u.a. MEG-Entsorgungszentrum Pilgerstr., Einkaufszentrum Dümptener Tor auf ex-MEG-Gelände, Sozialagentur im Easy-Tower, ehemaliges Straßenverkehrsamt Steineshoffweg ( leer aber angemietet bis heute), neues Bürger- und Straßenverkehrsamt im vorher lange leeren ex-Möbel Nohlen, ehemaliges Arbeitsamt, Feuerwehr und Fachhochschule auf dem ex-Bahn-Gelände in Broich, das die Stadt von der Bahn kaufte und an MWB/Hoffmeister weiterverkaufte, uswusf. .... da muss die öffentliche Hand nicht auch noch Hoffmeisters Fehlspekulation mit dem Kaufhof mit mind. 1,8 Mio.Euro entschädigen“. Angeblich verlangt Hoffmeister sogar bis zu 7 Millionen!

**Wat ‘n Chaos und was für Serien von Bankrotterklärungen, wenn es um die nicht zuletzt auch durch Ruhrbania erzeugte Hyper-Innenstadtkrise geht! Dabei ist der Kaufhof nur eines der vielen Mölmschen mutwillig aufgetürmten Unlösbarkeiten, vgl. u.a. WAZ-Jahresausblick auf 2014 vom 27.12.13: „Flughafen, Straßenbahn, Kaufhof – zehn Herausforderungen für Mülheim 2014“**

Depot Speldorf, Fallwerk Jost, missratene Verkehrsführung, Zersiedelung durch Bauwut in Außenbereichen von Holthausen, Saarn usw., die bedrohlich enge Bindung an den RWE-Konzern und last, but not least die hoffnungslose Haushaltskatastrophe sind nur einige weitere Stichworte ungelöster Mülheimer Probleme.

